

Fortschritte erreichen nicht die ärmsten Kinder

Kinderrechtskonvention: viele Herausforderungen, neue Probleme.

GENF, BREGENZ Es ist ein historisches Datum: Am 20. November 1989 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Kinderrechtskonvention verabschiedet. Sie soll allen Kindern weltweit fundamentale Rechte zusichern, etwa den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung. Aufgrund des Jubiläums am Mittwoch hat das UN-Kinderhilfswerk Unicef Bilanz gezogen: In einem Bericht ortet es einige Verbesserungen, aber auch Rückschritte, insbesondere für die ärmsten Kinder. Dazu kommen neue Herausforderungen wie die Klimakrise.

Mehr Kinder in der Schule

Unicef hebt hervor, dass heute weniger Kinder unter fünf Jahren sterben als vor 30 Jahren. Die weltweite Sterblichkeitsrate sank um rund 60 Prozent. Weitaus mehr Kinder besuchen eine Volksschule. Außerdem werden die Kinderrechte in vielen Ländern besser gesetzlich geschützt, heißt es in dem Bericht. Die Fortschritte seien aber nicht gleichmäßig verteilt: In Entwicklungsländern sterben Kinder aus armen Familien doppelt so häufig vor ihrem fünften Geburtstag wie Kinder aus den reichsten Haushalten. Nur die Hälfte der Kinder aus den ärmsten Familien in Subsahara-Afrika sind gegen Masern geimpft. Kinderehen sind auch nicht mehr ein so großes Problem wie im Jahr 1989, hält Unicef fest. Doch für Mädchen aus ärmlichen Lebensverhältnissen sei das Risiko einer Zwangsheirat entgegen dem globalen Trend gestiegen. Dazu kommen neue Probleme wie der Klimawandel, Online-Missbrauch und Cybermobbing.

In Österreich trat die Kinderrechtskonvention 1992 in Kraft. Laut Vorarlbergs Kinder- und Jugendanwalt Michael Rauch wurde im Jahr 2011 ein weiterer Meilenstein gelegt. Seit damals stehen einige Kinderrechte wie das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung im Verfassungsrang. Dieses Gewicht müsse allen in der Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechten zugeschrieben werden, fordert Rauch. Außerdem können sich Jugendliche und Kinder nicht direkt an den UN-Kinderrechtsausschuss wenden, wenn sie glauben, dass ihre Rechte verletzt worden sind. Das wäre zukünftig nur möglich,



Anlässlich der „Langen Nacht der Kinderrechte“ lud Bundespräsident Alexander Van der Bellen kürzlich 30 Kinder aus SOS-Kinderdörfern zu sich in die Hofburg. APA

wenn Österreich ein Zusatzprotokoll unterschreiben würde. Rauch will darüber hinaus, dass das Recht auf eine intakte Umwelt - Stichwort

„Wenn man alles im Regierungsprogramm umsetzt, gibt es einen Paradigmenwechsel.“

Michael Rauch
Kinder- und Jugendanwalt

Klimakrise - Eingang in die Kinderrechtskonvention findet.

Hoffnungen setzt er in das schwarz-grüne Regierungsprogramm im Land. „Wenn man umsetzt, was dort festgeschrieben wurde, gibt es einen Paradigmen-

STICHWORT

UN-KINDERRECHTSKONVENTION

Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 verabschiedet. Sie beruht auf vier zentralen Prinzipien: das Recht auf Gleichbehandlung, Vorrang des Wohl des Kindes, das Recht auf Leben und Entwicklung und die Achtung vor der Meinung des Kindes. Fast alle UN-Mitglieder (Ausnahme: USA) haben die Konvention übernommen, Österreich im Jahr 1992.

wechsel.“ So setzen sich ÖVP und Grüne zum Ziel, dass Vorarlberg bis 2035 zum „chancenreichsten Lebensraum für Kinder“ werden soll. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft werde die Landesregierung beim Wort nehmen, verspricht der Experte.

Umgang mit sozialen Medien

Bei den aktuellen Herausforderungen für den Kinder- und Jugendschutz unterstreicht Rauch insbesondere das Gewaltverbot in der Erziehung. „Hier müssen wir weiter an der Bewusstseinsbildung arbeiten.“ Außerdem sei es wichtig, Kindern einen kompetenten Umgang mit sozialen Medien beizubringen. Sie müssten vor pornografischen, rassistischen und gewaltverherrlichenden Inhalten im Internet geschützt werden. Auf Bundesebene bemängelt Rauch insbesondere die Reform der Mindestsicherung durch die frühere ÖVP-FPÖ-Koalition. Sie fördere Kinderarmut, da große Familien weniger Geld bekommen. „Wir hoffen, dass das rückgängig gemacht wird.“

MAGDALENA RAOS
magdalena.raos@vn.at
05572 501-187

Vermummungsverbot aufgehoben

Niederlage für Hongkongs Regierung. Lage spitzt sich weiter zu.

HONGKONG Inmitten der Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten hat Hongkongs Regierung eine peinliche Niederlage hinnehmen müssen. Ein Gericht verwarf das erst Anfang Oktober verhängte Vermummungsverbot am Montag als verfassungswidrig und zu weitgehend. Das in einem Rückgriff auf fast hundert Jahre koloniales Notstandsrecht verhängte Verbot von Maskierungen verstöße gegen das Grundgesetz der chinesischen Sonderverwaltungsregion, befand das Gericht. Die Zusammenstöße zwischen radikalen Aktivisten und Sicherheitskräften dauerten auch am Montag an.



An der Universität kam es zu schweren Auseinandersetzungen. REUTERS

Wegen der unsicheren Lage erwägt die Hongkonger Regierung eine Verschiebung der für Sonntag geplanten Kommunalwahl. Sie teilte nach Angaben des Rundfunksenders RTHK mit, die Ereignisse des vergangenen Wochenendes hätten „die Chancen verringert“, die Wahlen für die Bezirksräte abhal-

ten zu können. Kontroversen hatte es schon vorher gegeben, nachdem der Wortführer der Demokratiebewegung, Joshua Wong, als Kandidat disqualifiziert worden war. Ihm wird unterstellt, für die Unabhängigkeit Hongkongs einzutreten. Auch wurden mehrere Kandidaten beider Lager attackiert und verletzt. Zuletzt waren prodemokratische Kandidaten in Umfragen im Aufwind.

Nach schweren Zusammenstößen auch in der Nacht zum Montag an der Polytechnischen Universität belagerte die Polizei das Gelände, auf dem noch 100 bis 200 Studenten festsäßen. Bei den dramatischen Zusammenstößen am Vortag hatten radikale Aktivisten mit Katalpulten auch Brandsätze auf Sicherheitskräfte geschleudert, mit Pfeil und Bogen auf Polizisten geschossen und Feuer gelegt.



Kommentar
Julia Ortner

Kurz und die FPÖ: Ein sehr langer Abschied

Der neue politische Stil, den Türkis-Blau 2017 versprach, sieht jetzt ja eher alt aus. Die höchst aufklärungswürdige Besetzung des Ex-FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo als Casinos-Vorstand und mög-

„Der ÖVP geht es strategisch aber ebenso um ihre Legacy, das Vermächtnis von Türkis-Blau.“

liche Gegengeschäfte stehen im Fokus von Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (für alle Beteiligten gilt die Unschuldsumutung). Und nein, ich will an dieser Stelle nicht darüber diskutieren, dass Postenschacher und politische Freunderlwirtschaft in Österreich sowieso schon immer dazugehört haben. Das ist weder Entschuldigung noch Lösungsansatz.

Schon vor dem Aufkommen der „Causa Casinos“ stellten sich viele allerdings eine andere grundsätzliche Frage: Warum schließt ÖVP-Chef Sebastian Kurz die Freiheitlichen nicht dezidiert als möglichen Koalitionspartner aus, nach Ibiza-Skandal, Spesen- und Lieberbuch-Affäre? (FPÖ-Chef Norbert Hofer bietet praktische Weise nun doch an, zur Verfügung zu stehen, wenn die türkis-grünen Koalitionsverhandlungen scheitern sollten.)

Natürlich will man sich in einer komplexen Verhandlungssituation möglichst viele Optionen offenhalten, so weit die vordergründige Antwort. Der ÖVP geht es strategisch aber ebenso um ihre Legacy, das Vermächtnis von Türkis-Blau: Man mag ja den eigenen Weg nicht als fehlgeschlagenes politisches Experiment darstellen - 18 Monate, die man möglichst schnell vergessen

möchte. Man darf auch jene ehemaligen FPÖ-Wähler, die man im September dazugewonnen hat, nicht mit offener Ablehnung der Freiheitlichen gleich vor den Kopf stoßen - laut Wählerstromanalyse wanderten 243.000 Menschen bei der vergangenen Nationalratswahl von der FPÖ zur ÖVP. Und man will knapp vor der steirischen Landtagswahl die bisherigen FPÖ-Anhänger nicht vergrätzen, die laut Umfragen auf der Suche nach einer neuen Partei sind - Politik funktioniert eben auch sehr prosaisch.

Wenig gelernt aus Ibiza

Aus all diesen Gründen ist eine mögliche türkis-blaue Distanzierung ein langsamer Prozess, ein geordneter Rückzug.

Wie weit die Casino-Affäre und die Postenschacher-Debatte die ehemaligen Koalitionspartner voneinander entfremden, wird man erst sehen. Ex-Finanzminister Hartwig Löger erklärt, dass Parteichef Kurz von ihm nicht über die Vorgänge rund um die Postenbesetzung informiert worden sei; doch die ÖVP kann schwer so tun, als wäre das alles nur ein Problem der FPÖ.

Hierzulande hat man in Sachen politischer Kultur aus dem Ibiza-Skandal leider wenig gelernt. Die Casino-Affäre könnte jetzt eine neue Chance sein, endlich strenge Transparenz- und Antikorruptions-Gesetze zu beschließen. Das mit möglichst breiter Mehrheit während laufender Koalitionsverhandlungen durchzuziehen, wäre wirklich staatstragend.

JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln und lebt in Wien. Podcast: @ganzoffengesagt

POLITIK IN KÜRZE

Grünes Licht für Ungarns Kommissar

BRÜSEL Der Außenausschuss des EU-Parlaments hat Ungarns Kandidaten für den Posten des Erweiterungs- und Nachbarschaftskommissars, Oliver Varhelyi, am Montag grünes Licht gegeben. Varhelyi antwortete auf die schriftlichen Zusatzfragen haben ausgereicht, hieß es am Montag aus EU-Parlamentsskizzen. Varhelyi hatte die EU-Mandatare bei seinem Hearing vergangene Woche nicht überzeugt. Er musste fünf zusätzliche Fragen beantworten. Diese zielten unter



Varhelyi antwortete auf Fragen der Abgeordneten ausreichend. REUTERS

anderem auf Varhelyis politische Heimat in der rechtskonservativen Fidesz-Partei von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban.

Kehrtwende in Nahost-Politik

WASHINGTON Die US-Regierung vollzieht eine weitere Kehrtwende in der Nahost-Politik - sie sieht im israelischen Siedlungsbau im Westjordanland keinen Verstoß gegen internationales Recht mehr. US-Außenminister Mike Pompeo sagte am Montag in Washington, der Bau von israelischen Siedlungen im Westjordanland „ist nicht per se unvereinbar mit internationalem Recht“. Es habe den Friedensprozess im Nahen Osten nicht vorangebracht, die Siedlungen für illegal zu erklären. Der Schritt reiht sich ein in eine Serie einseitig pro-israelischer Entscheidungen der Regierung von US-Präsident Donald Trump.

Israel hatte 1967 während des Sechstagekriegs unter anderem das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert. Dort leben heute mehr als 600 000 israelische Siedler.